

# Landverkauf: Entscheid an Souverän delegiert

Der Einwohnerrat Stein am Rhein stimmt dem Landverkauf zu und unterstellt dies dem obligatorischen Referendum

(uj) «Ein Nein zum Verkauf der Grundstücke sei eine Bankrotterklärung für Stein am Rhein», argumentierte Stadtpräsident Sönke Bandixen am vergangenen Freitag anlässlich der Sitzung des Einwohnerrates. Dem Einwohnerrat unter dem Vorsitz des Präsidenten René Schäffeler lag die Genehmigung eines Kaufrechtsvertrags mit der Siluxplan AG vor, die zwei Grundstücke in der Sandgrueb erwerben will, um darauf unter anderem die Migros unterzubringen. Zwar sei auch der Stadtrat enttäuscht, dass die Migros aus dem Städtchen ausziehe, ihm sei jedoch jede Investition willkommen. Darum habe er auch schnell und gezielt gehandelt und den Fehlentscheid des alten Stadtrats korrigiert. Im Weiteren wies Bandixen auf die Investitionen durch die Bautätigkeit hin, die für hiesiges Gewerbe positiv seien.

## Viele unbeantwortete Fragen

Anders sah dies Karina Bänninger von der Geschäftsprüfungskommission GPK. Sie bemängelte fehlende Abklärungen zu den Erschliessungs- und Folgekosten, beispielsweise zum vorgeschlagenen Stadtbuss. Zudem fehle ein Fussgängerkonzept. Angesichts der ungeklärten Fragen beantrage die GPK, das Geschäft zurückzuweisen. Positiv hingegen das Echo aus der zuständigen Kommission, deren Einschätzung Beat Leu übermittelte. Das Ladensterben in der Altstadt gehe so oder so weiter. Mit dem Neubau der Migros könnten Arbeitsplätze erhalten werden. Ruth Wildberger SP bemängelte, dass noch zu viele Fragen offen seien, darunter auch diejenige zur Bewirtschaftung der Tiefgarage durch die Stadt, die man bei den Verhandlungen als Gegengeschäft hätte erwirken können. Sie störte sich zudem am Ruck-Zuck-Vorgehen des Stadtrates. Wenig begeistert zeigte sich auch Werner Käser FDP. Die Entscheidung sei indes längst gefallen, es gehe jetzt nur noch darum, ob die Migros bleibe oder sich ganz zurückziehe. Auch Marcel Waldvogel bemängelte die Hektik und dadurch unterlassene Abklärungen zu Wegrechten der Nachbargrundstücke. Markus Vetterli SP warnte vor allem vor den Folgekosten. Wer bezahlt das Trottoir oder die Unterführung, die beim Bahnübergang allenfalls nötig sei, fragte er. Die Unterführung sei Sache des Kantons, da bestünden bereits Pläne, antwortete Bandixen. Im Industriequartier seien die Besitzer verpflichtet, an die Kosten des Trottoirs beizutragen. «Die Zukunft Steins hängt nicht allein von der Migros ab», so Markus Vetterli, der befürchtete, dass weitere Detaillisten ihren Standort nach Stein Süd verlegen: das bedeutete einen tiefen Einschnitt in die wirtschaftliche Situation Steins. Ob es denn der Stadt möglich sei, die bestehende Migros zu kaufen, erkundigte sich Cornelia Dean SP. Der Standort sei auch für private Investoren attraktiv, da hätte man den Marktpreis zu bezahlen, antwortete Bandixen.

Letztlich führten die zahlreichen ungelösten Fragen dazu, dass der Einwohnerrat auf Antrag Markus Vetterlis entschied, das Geschäft dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. In der Folge stimmte der Rat dem Landverkauf mit acht gegen zwei Stimmen bei vier Enthaltungen zu.

## Platzprobleme in der Schule

«Der erhöhte Druck auf die Primarschulanlage Schanz legt die Auslagerung des Kindergartens aus dem Lagerhaus nahe». Damit begründete Schulreferentin Corinne Ullmann in die Kreditvorlage von 1,245 Millionen Franken ein für den Neubau eines Kindergartens im Lieb-Areal, der ursprünglich als Ersatz

für den Kindergarten Fridau geplant war. Nun soll er den bisherigen Kindergarten im Lagerhaus ersetzen, der zum Schulzimmer umgenutzt werden soll. Als Ersatz für den wegen baulicher Mängel untragbar gewordenen Kindergarten Fridau mietet die Stadt ein Loft an der kleinen Schanz. Diese Lösung ermögliche dem Stadtrat, die Schulentwicklung während der kommenden Jahre zu prüfen. Im Einwohnerrat war der Kredit unbestritten: Der neue Kindergarten sei nötig, der Standort ideal. Ruth Metzger SVP mahnte, dass die Miete einer Loft vorübergehend sein und wieder ein Kindergarten im Quartier gebaut werden sollte. Gian Luca Marchetto SVP bemängelte die gegenüber dem Finanzplan weitaus höheren Kosten. Sie resultierten aus dem zusätzlichen Raum für die Heilpädagogin sowie den Umgebungsarbeiten. Schliesslich genehmigte der Einwohnerrat den Kredit mit zwölf zu zwei Stimmen.

## Ja zum Kredit für hindernisfreien Zugang zu Schiffen

Unbestritten war auch die Kreditvorlage von 395 000 Franken zur Planung des hindernisfreien Zugangs zu den Schiffen, zur Sanierung der Hafenummauer und der Werkleitungen, sowie eines Vorprojekts für die Gestaltung der Schifflande. Ärgerlich sei, dass man nochmals planen müsse, meinte Ruedi Vetterli, parteilos. Marchetto erkundigte sich noch nach der Finanzierung. Die JEW-Stiftung leiste einen Beitrag von 75 000 Franken an die Planung und stelle die Übernahme der Kosten für die Mauer und einen Beitrag an den behindertengerechten Zugang in Aussicht, antwortete Bandixen.

Als letztes Geschäft genehmigte der Einwohnerrat noch den Kostenanteil von 162 000 Franken an die Verbandsfeuerwehr Stein-Hemishofen und die Subventionsrückzahlung von 165 000 Franken für den Hubretter.

Auf die nächste Sitzung verschoben wurde die Genehmigung der Statutenrevision des Abwasserverbandes. Aus aktuellen Gründen schloss Schäffeler die Sitzung erneut mit dem dringenden Appell an den Stadtrat ab, doch endlich fehlerfreie Unterlagen für die Sitzungen bereitzustellen.

## Arbeitsgruppe für neue Taxordnung

Ungewöhnlicher Akt dann zum Schluss der Sitzung: Stadtpräsident Sönke Bandixen entschuldigte sich namens des Stadtrats bei Walter Oderbolz und sprach ihm seine Anerkennung für den Einsatz als Vormund aus, Oderbolz hatte in dieser Funktion die Interessen eines Betroffenen in Bezug auf die Pflegekosten im Alterszentrum vertreten. Oderbolz sei von Seiten des Stadtrats zu oft vertröstet, ja links liegen gelassen worden. Es sei weder richtig noch anständig gewesen, wie ihn der damalige Stadtrat behandelt habe.

Gleichzeitig kündete Sozialreferentin Corinne Ullmann an, dass der Stadtrat schon 2016 beschlossen habe, im Pflegezentrum eine Tätigkeitsanalyse durch die Firma Curatime durchzuführen. Zudem wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die auf den Ergebnissen basierend eine neue Taxordnung vorschlagen soll. Ullmann erinnerte an das Normenkontrollverfahren durch das Obergericht, das einen erheblichen Spielraum in der Auslegung ergab. Eine Quersubventionierung der Pflegekosten mittels der Pensionspreise sei nicht erlaubt. Zudem blieb 2011 eine sachliche Begründung zur Taxordnung aus. Hier seien für künftige Entscheide klare Voraussetzungen zu schaffen, so Ullmann.